

- Sicherstellung der Versorgungssicherheit ist Grundpfeiler jeder Energiepolitik
- makro- und mikroökonomische Entwicklung werden entscheidend von der Versorgungssituation mitbestimmt:
 - Preise haben große Auswirkung auf Zahlungsbilanz des Landes
 - Energiepreise sind Faktor bei der Inflation bzw. Inflationserwartung
 - für den Staatshalt spielen Subventionen, Steuern sowie Einkünfte/Kosten durch staatliche Energieunternehmen eine Rolle
- auf dem Erdöl- und Gassektor gibt es beträchtliche *Sunk Costs* eingesetztes Kapital ist in der Regel vor Ort gebunden
- Europäische Kommission stellt in ihrem Grünbuch fest, dass Europa wenig Einfluss auf das Energieangebot hat und schlägt daher eine Reduzierung der Nachfrage vor
- äußerst niedrige Öl- und somit Gaspreise sind nicht unbedingt im Interesse der Konsumentenländer – eigene Energieunternehmen machen weniger Gewinn, geringerer Anreiz zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Wirtschaft und Halthalten, notwendige Investitionen in Produktionskapazitäten unterbleiben und können zu späteren Versorgungsengpässen führen [CIEP 2004, S.39]
- da Energieträger zumindest teilweise füreinander substituiert werden können, muss die Versorgungssicherheit immer im Kontext der gesamten Energiepolitik gesehen werden [CIEP 2004, S.31]
- in der Geschichte haben die Förderländer eher mit Mitteln des Staates (oder auch Produzentenkartell OPEC) ihre Interessen verfolgen, während die Verbraucherländer mehr auf Marktmechanismen setzten [CIEP 2004, S.45]
- Staaten verfolgen die langfristige Sicherung ihrer Energieversorgung mit einer Kombination aus strategischem, politischen Verhalten (*Regions&Empires - Ansatz*) und aus Mitteln, welche Marktstrukturen zur Verfügung stellen [CIEP 2004, S.48]
⇒ daher muss das Verhältnis zwischen Staat und Markt (private Akteure) untersucht werden
- eine Situation, in welcher russische Ressourcen unsicher, die Länder des Nahen Osten und der Kaspischen Region hingegen sicheres Investitionsklima und verlässliche Lieferungen bieten ist extrem unwahrscheinlich [CIEP 2004, S.61]
- es existiert kein internationaler Gasmarkt mit dem Ölmarkt vergleichbarer Liquidität, ein nicht zu unterschätzender Unterschied [CIEP 2004, S.111]
- da Europa in Sachen Erdgas von zwei großen Produzentenländern, Algerien und Russland abhängig ist, spricht der *Clingendael*-Bericht von einer **strukturellen Abhängigkeit**

Europäische Energiepolitik

- der Bericht von *Clingendael* stellt fest, dass die Europäer nationale Strategien verfolgen, aber keine gemeinsame europäische Energiepolitik – die nationalen Alleingänge sind hierbei sowohl Folge als auch Ursache des Nichtvorhandenseins einer europäischen Linie [CIEP 2004, S.71]
- nur wenn eine Angebotslücke auf dem Gasmarkt seitens Russland langsam auf den Plan tritt, wird Europa in der Lage seine Infrastruktur, die stark auf russische Gaslieferungen ausgerichtet ist, sich sich anderweitig versorgen können [CIEP 2004, S.60]
 - ⇒ Europa muss seine LNG-Kapazitäten drastisch vergrößern
- der *Clingendael*-Report argumentiert, dass eine Diversifikation auf dem Gassektor weg von Russland nur langfristig möglich ist und zu hohen Kosten [CIEP 2004, S.60]
- die EU-Mitglieder treffen unterschiedliche Policy-Entscheidungen und setzen verschiedene Mittel ein, um diese zu erreichen gegeben den Faktoren und Constraints, die für jedes Land spezifisch sind [CIEP 2004, S.64]: *Ressourcenausstattung, Struktur der Wirtschaft, Struktur und Höhe des Pro-Kopf – Verbrauchs, geographische Lage, Organisation des Energiesektors, Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen Interessengruppen, institutionelle Strukturen, Traditionen und Kultur allgemein (historische Erfahrungen)*
- der *Clingendael*-Report argumentiert, dass es weiterhin Spannungen zwischen der IEA und einer Fortentwicklung der europäischen Energiepolitik gibt, da Mitgliedsstaaten eher Verpflichtungen gegenüber der internationalen Energiebehörde nachkommen [CIEP 2004, S.74]
- ebenso wenig wie eine gemeinsame Energiepolitik existiert auch keine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU
 - ⇒ die EU kann ihre energiepolitischen Interessen im Ausland nur per "carrots" (Sicherheit der Nachfrage) vertreten, nicht aber durch Hard Power "sticks" wie dies die USA, Russland und China tun, oder dazu durchaus in der Lage sind [CIEP 2004, S.76]
- die Europäische Kommission verfolgt klar einen energiepolitischen Ansatz, der auf dem Konzept *Markets & Institutions* aufbaut [COM(2006) 105 Final - Annex to the Green Paper]
 - ⇒ am 25. Oktober 2005 unterzeichneten alle Länder des Balkans und die Europäische Gemeinschaft einen Vertrag, der eine Energiegemeinschaft begründete – im Prinzip handelt es sich um eine Ausweitung des *Acquis communautaire* auf Nichtmitglieder im Bereich Energie
 - ⇒ auch mittels der Europäischen Nachbarschaftspolitik (*European Neighbourhood Policy – ENP*) sollen Förderländer in der Umgebung der EU (Algerien, Naher Osten, kaspische Region) an das europäische Regelwerk und seine Marktmechanismen gebunden, bzw. eingebunden werden
 - ⇒ auf einer Ministerkonferenz zwischen der Kommission europäischen Vertretern und Ministern aus Staaten der Kaukasusregion Anrainer des Schwarzen Meeres und Zentralasien im November 2004 in Baku startete eine neue Integrationsinitiative, mit deren Hilfe der regionale Energiemarkt mit dem europäischen besser verknüpft werden soll [COM(2006) 105 Final - Annex to the Green Paper, S.40]
 - ⇒ für die Ostseeregion gibt ein ähnliches Programm, welches bereits 1999 unter dem Namen *Baltic Sea Region Energy Co-operation (BASREC)* in Leben gerufen wurde, und zum Ziel hat, die Energiepolitik der Staaten rund um die Ostsee zu koordinieren
- die Kommission erhofft sich von diesen internationalen Governance-Strukturen, dass sie helfen Konflikte zwischen nationalen Präferenzen zu überbrücken
- dieser multilaterale *Markets & Institutions* – Ansatz bietet den Verbrauchern in Europa eine höhere Versorgungssicherheit, da diese nunmehr freien Zugang zu verarbeiteten/unverarbeiteten

Produkten aller Förderländer weltweit hätten [CIEP 2004, S.114/115]

- horizontale und vertikale Integration von Unternehmen auf dem Energiesektor beruhen einzig und allein auf Effizienzgewinnen
- die Errichtung einer solchen internationalen Governance im Bereich der Energiemärkte erfordert jedoch das Engagement für und die Verpflichtung gegenüber Investitionen in politische Maßnahmen und Strukturen seitens der Konsumentenstaaten wie auch der Förderländer
 - ⇒ Marktteilnehmer müssen gemeinsam in die Sicherstellung der Energielieferungen investieren, dies ist auch in ihrem Interesse
- *Clingendael* sieht eine aktive Energiepolitik seitens des Staates bzw. der Europäischen Union als unabdinglich an, soll die Energieversorgung weiter diversifiziert werden, insbesondere wenn für die Zukunft die Situation auf den Märkten eher dem Konzept *Regions & Empires* entspricht [CIEP 2004, S.120]
 - ⇒ die Kosten für eine Diversifizierung der Energieversorgung sind von Mitglied zu Mitglied unterschiedlich, insbesondere für die neuen EU-Länder in Mittel- und Osteuropa werden diese beträchtlich sein, da für sie in der Regel aufgrund geographischer Gegebenheiten die Option von LNG-Terminals nicht besteht
- die Aussichten für ausgeweitete Kooperationen mit Förderländer hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit andere Regionen oder Empires (China, Indien, Russland und die USA) um diese Ressourcen mit den Europäern wetteifern [CIEP 2004, S.122]

Versorgungssicherheit

- Horsnell unterscheidet zwischen 2 Arten von Diskontinuitäten und 3 Typen Unterbrechungen (*Horsnell 2000*)
 - a. eine **"Policy Diskontinuität"** ergibt sich aus den Konsequenzen von Änderungen in der Politik der Förderstaaten
 - b. eine **"fundamentale Diskontinuität"** entsteht aus der Dynamik von Angebot und Nachfrage – Angebot kann nicht der Nachfrage entsprechen
 - c. der Typ Unterbrechung ist die **"Force - Majeure – Unterbrechung"**, wobei gewältige Konflikte im Förderland oder auf dem Transportweg den Export von Rohstoffen verhindern
 - d. **"Unterbrechungen durch Exportrestriktionen"** sind bewusste Einschränkungen der Ausfuhren aufgrund politisch-strategischer Erwägung eines oder mehrerer Produzentenländer
 - e. eine **"Embargo Unterbrechung"** schließlich ist eine Einschränkung von den Konsumentenländern ausgehend, welche einem oder mehreren Produzentenstaaten auferlegt werden.

- das *Institute for International Relations Clingendael* definiert in einer Studie im Auftrag der DG Transport et Energie den Begriff **Energiekrise** wie folgt [*CIEP 2002, S.36*]:

Nachfrage oder Angebot entfernen sich plötzlich vom bestehenden Gleichgewicht, was zu drastischen Preisschwankungen führt, die große Auswirkungen auf die Wirtschaft in Konsumenten- oder Förderländern haben

Ein Risiko ist die Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung der Versorgung

Anfälligkeit bezeichnet die Verletzlichkeit des Landes im Falle einer solchen Unterbrechung

- ein geopolitisches Risiko für die die Versorgungssicherheit der Europäischen Union besteht, wenn eine Veränderung/Zusammenbruch im internationalen politischen oder ökonomischen System oder Ordnung bzw. in einem Teil davon, in einer (relativen oder absoluten) Knappheit an Öl- oder Gaszufluss resultiert oder dies zu tun droht (**Beispiele:** terroristischer Anschlag, Diskriminierung/Ausschluss ausländischer Unternehmen, Autarkiebestrebungen, Kollaps von Staaten, politischer Boycott)[*CIEP 2002, S.37*]
- unter **Energiesicherheit/Versorgungssicherheit** ist zu verstehen als die allzeitige Verfügbarkeit von Energie in seinen verschiedenen Formen, in ausreichender Menge und zu vernünftigen/bezahlbaren Preisen [*CIEP 2002, S.37*]
- die Clingendael Studie weist zwar darauf hin, dass ausländische Investitionen im Energiesektor und Verflechtung mit internationalen Kapitalmärkten die Kosten für Lieferunterbrechung seitens der Produzentenländer stark erhöhen, für Russland trifft dies jedoch weniger zu [*CIEP 2002, S.65*]
- die Annahme, dass eine 30-40% Abhängigkeit von ausländischen Quellen besser sei, als eine Abhängigkeit von 50-60% ist falsch, wenn trotz geringerer Abhängigkeit die Substitutionsmöglichkeiten mit anderen Energieträgern kleiner sind [*CIEP 2004, S.44*]
- auf dem Gasmarkt sind aufgrund des Umstandes weiterhin der größte Teil des Gas per Pipelines

transportiert wird, Produzenten und Konsumenten an diese Strukturen gebunden [CIEP 2004, S.48]

⇒ ~~Gaslieferungen können nicht ohne weiteres einfach umgelenkt werden – beide Seiten sind aneinander gebunden~~

⇒ für die Verbraucherländer ergibt zugleich weniger Versorgungsalternativen, sollten die gewohnten Lieferungen aus irgend einem Grund ausbleiben

⇒ LNG böte hier eine Alternative, allerdings ist diese Lösung sehr teuer und insbesondere bei volatilen Gaspreisen ist es eher schwer Investoren dafür dazu gewinnen

- das Problem der Zukunft im Hinblick auf die Versorgung mit Erdöl ist nicht das Schwinden dieser Energiequelle, sondern die Mobilisierung vorhandener Ressourcen [CIEP 2004, S.53]
- die Verfügbarkeit von Öl und Erdgas ist immer Funktion des jeweiligen Preises für den Energieträger und dem gegenwärtigen technologischen Fortschritt der Exploration
- Förderländer, die in die internationalen Finanz- und Handelsmärkte integriert sind, und deren Energiesektoren bedeutende ausländische Kapitalinvestitionen aufweisen, haben weniger Anreiz die Spielregeln zu verletzen [CIEP 2004, S.64/65] – *Frägt sich inwieweit dies für Russland zutrifft*
- verfügt ein Land nicht über Vorräte an fossilen Energieträgern, kann es seine Abhängigkeit von Importen durch Entwicklung und Ausbau von Atomenergie oder erneuerbarer Energie mindern – dies erfordert jedoch beträchtliche Investitionen, möglicherweise langfristige staatliche Unterstützung und vor allem ausreichend Zeit [CIEP 2004, S.65]
- Diversifikation ist ein breites Konzept bestehend aus: Diversifizierung von Energieträger, und Energiequelle, sowie die Diversifizierung der eingesetzten Technologie, bzw. die Bezugsquelle dieser Technologie [CIEP 2004, S.65]
- das Diversifikationspotential was die Energiequellen angeht für Erdgas ist bedeutend geringer als für Erdöl [CIEP 2004, S.67]
 - ⇒ die Versorgungsrouten sind weitaus rigider (da meist an Erdgaspipelines gebunden, LNG zumeist noch kaum entwickelt)
 - ⇒ Pipelines können nur für Gas verwendet werden - Aufbau von LNG-Kapazitäten sehr kostspielig
 - ⇒ Kohle hat den Vorzug geografisch breit verteilt zu sein, mit erheblichen Lagerstätten in Polen, jedoch Nachteil der CO₂ - Emissionen – Sequestration noch nicht einsatzbereit und wahrscheinlich nicht konkurrenzfähig
- die EU Kommission hat vorgeschlagen (Green Paper 2000 oder 2006) auf europäischer Ebene strategische Gasreserven anzulegen [CIEP 2004, S.68], diesen Vorschlag nach Ablehnung der Mitgliedsstaaten fallen gelassen
 - ⇒ ~~Gas kann nur unter spezifischen geologischen Gegebenheiten gespeichert, die nicht in allen EU-Staaten zu finden sind~~
 - ⇒ ~~Erdgasreserven außerhalb des eigenen Landes anzulegen, setzt jedoch enge Vernetzung und Interoperabilität der europäischen Gasnetze voraus~~
- für Erdgas und Strom ist die Infrastruktur auf diese Energieträger ausgerichtet und dienen dem Transport von Punkt A zu Punkt B [CIEP 2004, S.76]
 - ⇒ ~~weigert sich A weitere Energie zu liefern, so wird das Netz von A zu B nutzlos~~
 - ⇒ Handel mit netzgebundenen Energieträgern wird eher politisiert und basiert auf Vertrauen und Verpflichtungsgefühlen (*gegenüber Russland dürfte seitens der Polen davon nicht allzu viel vorhanden sein*)
- ~~Gas- und Stromnetze wurden in der Vergangenheit unter Federführung des Staates von einer kleinen Anzahl von Unternehmen, häufig in staatlichem Besitz aufgebaut. [CIEP 2004, S.77]~~
 - ⇒ ~~als Folge haben diese Netze alle nationale Charakteristika, abhängig von der Ausstattung mit Rohstoffen, Zugang zu Technologie, politische Präferenzen und Einfluss von Interessengruppen~~
 - ⇒ anfänglich kam es nur zu geringem Handel zwischen den europäischen Ländern unter starker Kontrolle der jeweiligen Regierungen, die die Aktionen der kleinen Anzahl von privaten und öffentlichen Akteuren koordinierten – *Clingendael* spricht hierbei von "kontrollierter

Integration"

- ⇒ seit Ende der 80er Jahre wurden zunehmend größere Mengen an Strom und Gas außerhalb dieses staatlich reglementierten Rahmens gehandelt – "marktgetriebene Integration"
 - ⇒ zusammen mit den vielzähligen Privatisierung staatlicher Versorgungsunternehmen, werden unternehmerische Entscheidungen auf den europäischen Energiemärkten immer mehr unter dem Gesichtspunkt kommerzieller Logik getroffen
 - ⇒ hier kann es langfristig zu Problemen kommen, wenn notwendige Investitionen ausbleiben, da die Unternehmen sich nicht sicher sind, ob sie die beträchtlichen Fixkosten wieder über die Preispolitik hereinbekommen werden, wenn staatliche Stellen aus politischen Gründen in die Entscheidungen über die Tarife eingreifen und diese zu niedrig ansetzen
- die Europäische Union bei ihren der Ausarbeitung ihrer Pläne für die Liberalisierung der Energiemärkte wichtige Produzentenländer nicht einbezogen und versuchte die neuen internen Regeln mit jenen der Lieferanten zu harmonisieren, indem letztere einfach die europäische Politik übernehmen sollten [CIEP 2004, S.132]
 - ⇒ insbesondere Russland zeigte sich darüber verärgert, und verweigerte die Unterschrift für die *Energy Charter*
 - ⇒ *Clingendael* vertritt die Einschätzung, dass Europa durch seine Versuche der Einmischung in die innerrussischen Netzstrukturen in seiner Energieaußenpolitik gegenüber Russland weitaus weniger erfolgreich war, als die USA
 - ⇒ im Moment werden zunehmend Exportkapazitäten für Erdöl und -gas für den Transport in die Vereinigten Staaten aufgebaut, wodurch Russland neuen Handlungsspielraum gewinnt
 - die Europäer nahmen lange Zeit fälschlicherweise an, dass sie der alleinige Absatzmarkt für russische Energieträger seien
 - ⇒ das gemeinsame Interesse an stabilen Beziehungen und störungsfreie Lieferungen könnte in Zukunft, wenn Russland andere Abnehmer für sein Erdgas und Erdöl hat nicht mehr gegeben sein
 - gegenüber Russland sind Verträge mit langer Laufzeit angebracht, um den Russen Sicherheit bezüglich des Absatzes ihrer Produktion in der Zukunft zu geben

- Bedeutung von Erdgas wird in Zukunft zunehmen, die von Öl hingegen schwinden
- die Nachfrage nach beiden Energieträgern wird jedoch absolut gesehen steigen [IEA]
- mittelfristig sind angesichts der bekannten Vorkommen keine Versorgungsengpässe zu erwarten, jedoch wirft die Konzentration in besonderen Regionen der Erde eine Reihe von Fragen nach dem Umfang ihrer Ausbeutung und dem Transport auf [Correljé & van der Linde 2006: S.533]
- die Entwicklungstendenzen der Supply Chain, bestehend aus den Faktoren geologische Untersuchungen, Exploration, Aufbau von Förderkapazitäten, Transportmittel und der Einrichtung von unterirdischen Lagerstätten sind alle Funktion der Variablen Preis(-entwicklung für die Zukunft vorhergesagt), Nachfrage, technologischer Fortschritt, Investitionsklima (politische, wirtschaftliche und rechtliche Unsicherheit) und dem regionenspezifischen komparativen Vorteil der Energieversorgungssysteme [Correljé & van der Linde 2006: S.534]
- Widerstand von Förderländern gegenüber ausländischen Investoren können zu Kapazitätsengpässen führen (insbesondere Russland ist hier zu nennen)
- die großen Gasfelder Russlands leeren sich und neue Investitionen in Exploration und Förderung bleiben in der Regel aus [Correljé & van der Linde 2006: S.534]
 - ⇒ es bleibt die Möglichkeit für die Europäer, Gas aus der Kaspischen Region zu beziehen, oder aber Russland kauft dieses Gas ein, und transferiert es über seine Pipelines nach Europa
- in Europa sind kaum Speicherkapazitäten für Erdgas vorhanden [Correljé & van der Linde 2006: S.535]
- für Erdgas bieten sich der Persische Golf und die Kaspische Region als Alternativen zu Russland an, Lieferungen aus der Kaspischen Region und Zentralasien werden aber stark von der russischen Energie- und Außenpolitik bestimmt
- weltweit teilt sich der Markt für Erdgas in drei Regionen: Europa, Nordamerika und Asien
- bei Erdgas ist die Abhängigkeit von ausländischen Produzenten geringer als beim Erdöl – diese Abhängigkeiten fallen jedoch sehr unterschiedlich aus (UK, DK und NL sind weitgehend autark, wohingegen andere Staaten auf einen einzigen Lieferanten angewiesen sind PT, ES, GR, A und FIN)

- das Verhältnis zwischen der Rolle des Staates und der Beteiligung privater Unternehmen, sowie die Tendenz hin zu einem Rückzug der öffentlichen Hand ist als Prozess eine Funktion von drei Faktoren: [*CIEP 2004, S.77*]
 1. Anstrengungen der Europäischen Kommission auch auf dem Energiesektor einen gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen
 2. Interessen und Präferenzen der Mitgliedstaaten, jeder mit seinen Besonderheiten in der jeweiligen Energiepolitik und den involvierten Interessengruppen
 3. externe Bedingungen, die sowohl die objektiven Umstände auf den Energiemärkten bestimmen, wie auch die subjektiven Wahrnehmungen der EU-Staaten beeinflussen

- die Aussichten für ausgeweitete Kooperationen mit Förderländer hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit andere Regionen oder Empires (China, Indien, Russland und die USA) um diese Ressourcen mit den Europäern wetteifern [*CIEP 2004, S.122*]

- ~~mit Externalität wird ein Phänomen eines ökonomischen Systems bezeichnet, welches Kosten oder Nutzen verursacht, die sich in privaten Produktions- und Konsumentscheidungen nicht widerspiegeln [Bohi & Toman 1993, S.1094]~~
 - ~~⇒ die resultierende Ressourcenallokation ist nicht Pareto-optimal~~
 - ⇒ private und gesellschaftliche Kosten bei Produktion oder Konsum weichen voneinander ab, wenn Externalitäten vorhanden sind – eine Neuzuteilung von Ressourcen unter den Akteuren oder über Zeiträume hinweg kann zu effizienterem Ressourceneinsatz führen
- ~~Versorger mögen nicht ein sozial erwünschtes Niveau an Zuverlässigkeit für alle Verbraucher anbieten, wenn staatliche Regulierung es ihnen untersagt, unterschiedliche Preise für unterschiedliche Zuverlässigkeitslevels zu verlangen [Bohi & Toman 1993, S.1094]~~
- Bohi & Toman sehen Verzerrungen in der Volkswirtschaft aufgrund unzuverlässiger Stromversorgung, und letztendlich unflexibler Preise als eine Bedrohung der Energiesicherheit, die mit einem Ölpreisschock vergleichbar ist

- Sicherstellung der Versorgungssicherheit ist Grundpfeiler jeder Energiepolitik
- makro- und mikroökonomische Entwicklung werden entscheidend von der Versorgungssituation mitbestimmt:
 - Preise haben große Auswirkung auf Zahlungsbilanz des Landes
 - Energiepreise sind Faktor bei der Inflation bzw. Inflationserwartung
 - für den Staatshalt spielen Subventionen, Steuern sowie Einkünfte/Kosten durch staatliche Energieunternehmen eine Rolle
- auf dem Erdöl- und Gassektor gibt es beträchtliche *Sunk Costs* eingesetztes Kapital ist in der Regel vor Ort gebunden
- Europäische Kommission stellt in ihrem Grünbuch fest, dass Europa wenig Einfluss auf das Energieangebot hat und schlägt daher eine Reduzierung der Nachfrage vor
- äußerst niedrige Öl- und somit Gaspreise sind nicht unbedingt im Interesse der Konsumentenländer – eigene Energieunternehmen machen weniger Gewinn, geringerer Anreiz zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Wirtschaft und Halthalten, notwendige Investitionen in Produktionskapazitäten unterbleiben und können zu späteren Versorgungsengpässen führen [CIEP 2004, S.39]
- da Energieträger zumindest teilweise füreinander substituiert werden können, muss die Versorgungssicherheit immer im Kontext der gesamten Energiepolitik gesehen werden [CIEP 2004, S.31]
- in der Geschichte haben die Förderländer eher mit Mitteln des Staates (oder auch Produzentenkartell OPEC) ihre Interessen verfolgen, während die Verbraucherländer mehr auf Marktmechanismen setzten [CIEP 2004, S.45]
- Staaten verfolgen die langfristige Sicherung ihrer Energieversorgung mit einer Kombination aus strategischem, politischen Verhalten (*Regions&Empires - Ansatz*) und aus Mitteln, welche Marktstrukturen zur Verfügung stellen [CIEP 2004, S.48]
 - ⇒ daher muss das Verhältnis zwischen Staat und Markt (private Akteure) untersucht werden
- eine Situation, in welcher russische Ressourcen unsicher, die Länder des Nahen Osten und der Kaspischen Region hingegen sicheres Investitionsklima und verlässliche Lieferungen bieten ist extrem unwahrscheinlich [CIEP 2004, S.61]

- es existiert kein internationaler Gasmarkt mit dem Ölmarkt vergleichbarer Liquidität, ein nicht zu unterschätzender Unterschied [CIEP 2004, S.111]
- da Europa in Sachen Erdgas von zwei großen Produzentenländern, Algerien und Russland abhängig ist, spricht der *Clingendael*-Bericht von einer **strukturellen Abhängigkeit**
- obwohl die Arbeit sich einzig mit dem Pfeiler *Europäische Gemeinschaft* der Europäischen Union beschäftigt, wird immer von der EU die Rede sein
- um die Entwicklung der EU und insbesondere die Integration auf neuen Politikfeldern, wie Energiepolitik, zu verstehen, müssen wir uns bei der Analyse darauf konzentrieren, wie EU-Gesetze zu Stande kommen [Franchino 2007, S.2]
 - ⇒ über diese Gesetzgebung legen die nationalen Regierungen Kriterien zum
 - Politikfeld in Frage fest und machen Vorgaben einander gegenüber und
 - ihren jeweiligen nationalen Bürokratien
 - ⇒ mit diesen Maßnahmen delegieren die Mitgliedsstaaten Kompetenzen an
 - supranationale Institutionen und bestimmen die Bedingungen, unter welchen diese Institutionen diese Kompetenzen ausüben müssen und dürfen
- ein Regierungswechsel in einem Mitgliedsland reicht selten aus, auf europäischer Ebene eine politische Linie zu ändern
- die Arbeit wird sich nicht mit der Interaktion zwischen europäischer und nationaler Ebene beschäftigen
- ein institutionalistischer "Rational-Choice"-Ansatz bietet einen Rahmen von theoretischer Mikrofundierung der Annahmen und überprüfbarer Hypothesen, die mit Annahmen anderer Rational-Choice – Ansätze vereinbar sind [Pollack 2001, S.227]
- nach Moravcsik ist die erste, vorderste Aufgabe von Integrationstheorien, das Verhältnis zwischen den verschiedenen grundlegenden Theorien zu modellieren [Moravcsik 1995, S.612]
- für Moravcsik wird die Integration von Politikfeldern getrieben von intergouvernementaler Nachfrage nach Policy-Ideen seitens der Mitgliedsstaaten und nicht von einem supranationalen Angebot, das heisst, von Vorschlägen der Kommission [Moravcsik 1995, S.618]
- die Integration der kleinen Schritte stärkt nicht peu à peu die supranationale Ebene, als dass die Mitgliedsstaaten allmählich die Kontrolle über den Integrationsprozess verlieren [genau dies will ich ja zeigen]
- Moravcsik argumentiert, dass die Kommission den Nationalstaaten nicht

Informationen bereitstellt, welche diese nur teuer und aufwendig selbst erlangen können und welche die Effizienz intergouvernementaler Verhandlungen verbessern [Moravcsik 1995, S.620]

⇒ die Kommission bildet nicht das Zentrum eines Informationsnetzwerks,

welches den Mitgliedern besondere Expertise liefert

⇒ die Kommission bestimmt somit nicht den Fortgang der europäischen Integration

- aus Sicht des liberalen Intergouvernementalismus ist die bedeutendste Einschränkung für die Delegation von Kompetenzen an supranationale Stellen, die Bereitschaft der Nationalstaaten und innerstaatlicher Akteure, eben diese Macht zu delegieren [Moravcsik 1995, S.621]
- die Delegation von Macht baut eine Principal - Agent – Beziehung auf zwischen den Mitgliedsstaaten (mehreren Prinzipalen) und überstaatlichen (europäischen) Beamten, Vertreter und Richter (mehrere Agenten)
- um das Ausmaß der Weitergabe an Kompetenzen zu erklären, schlägt der Principal - Agent – Ansatz vor, sich die individuellen und kollektiven Kontrollmöglichkeiten der Prinzipale anzusehen
- diese Kontrollmöglichkeiten wiederum hängen ab von den Anreizen für nationale Regierungen, die supranationalen Akteure zu kontrollieren, ihre Möglichkeiten, deren Handlungen zu überwachen und zu interpretieren (Expertise) und schliesslich, welche Sanktionsinstrumente ihnen zur Verfügung stehen (Ernennung, Auswahl, Veto, Sanktion)

Forschungsstand

- nach Franchino hat sich die Literatur einseitig auf die *vertragliche Delegation* von Vomachten konzentriert [[Franchino 2007, S.17](#)]

Research Design

- die meisten bisherigen Studien zur Delegation in politischen Systemen haben sich auf das System der Vereinigten Staaten beschränkt [Franchino 2007, S.11]
 - ⇒ in der Europäischen Union sollten jedoch ähnliche oder zumindest vergleichbare Faktoren am Werke wie in den USA bei der Machtverteilung: *Konflikte zwischen den verschiedenen Akteuren, Komplexität, außerrechtliche Kontrollmechanismen und die allgemeine Verhandlungsumgebung*
 - ⇒ der institutionelle Rahmen der Europäischen Union weist starke Ähnlichkeiten mit dem amerikanischen System der Gewaltenteilung und auch die Gesetzgebung bestimmt die Verteilung der Politikkompetenzen entscheidend mit [Franchino 2007, S.11]
 - ⇒ die EU-Institutionen weisen darüberhinaus Besonderheiten auf, wie die Möglichkeit, sich verschiedener Verwaltungsorgane und Governance-Ebenen zu bedienen sowie die unterschiedlichen Entscheidungsregeln in den Unionsorganen
 - ⇒ mit der Europäischen Union bietet sich ein neues weites Feld, die bisherigen Hypothesen der Literatur zur Kompetenzdelegation zu testen und diese entsprechend zu modifizieren [Franchino 2007, S.11]
- meine Modell will den Grad der Integration in der Energiepolitik auf europäischer Ebene erklären
 - ◆ Welche Bereiche werden an supranationale Instanzen delegiert? (Energieaußenpolitik, Regulierung, Durchsetzung des gemeinsamen Marktes)
 - ◆ Um welche Art der Delegation handelt es sich?
 - Delegation bereits in den Verträgen niedergelegt
 - Delegation per Sekundärgesetzgebung
 - ◆ Welcher Spielraum wird dem Agenten (der Kommission) gewährt?
 - ◆ Welche Kontrollmechanismen bestehen?
 - Wie kostenaufwendig sind derartige Kontrollen? (*Police-Patrol* oder *Fire-Alarm* – Kontrolle)
 - Wie effektiv sind die Kontrollen?
- Faktoren, die bei der Wahl von Art und Umfang der Delegierung eine Rolle spielen:
 - *Komplexität des Politikfeldes*
 - *Konflikt zwischen Legislative und Exekutive (Rat gegenüber Kommission, bzw. Parlament)*
 - *Konflikt zwischen Legislative und Bürokratie (Rat gegenüber nationalen Verwaltungen)*
 - *Verhandlungsatmosphäre*
 - *Verfügbarkeit von nicht-gesetzlichen Kontrollinstrumenten*

- *Ermessensspielraum* wird gemessen als der Umfang gesetzlicher Bestimmungen, die Kompetenzen delegieren, minus der prozeduralen Beschränkungen, welche dem Agenten auferlegt werden [[Franchino 2007, S.10](#)]

- es kommt zu *funktionellem Spillover*, wenn unvollständige Integration die Wirksamkeit bestehender Politiken unterminiert – sowohl in Bereichen, die bereits vergemeinschaftet sind, als auch in Sektoren, die damit in Zusammenhang stehen [Moravcsik 1993, S.475]
⇒ hieraus entsteht Druck, die bisheriger Koordinierung der Politik auszuweiten und zu vertiefen
- *funktioneller Spillover* ist in erster Linie ein ökonomisches Phänomen
- er spiegelt die zahlreichen Interdependenzen in modernen Wirtschaftssystemen wieder, in denen Regierungseingriffe in einem Sektor wirtschaftliche Verzerrungen in anderen Bereichen hervorrufen [Moravcsik 1993, S.475]
- jede "Zwischenlösung" zwischen Souveränität und Integration ist somit inhärent instabil – die Europäische Union zieht letztendlich ihre Legitimität aus dem unausweichlichen Druck zu weitergehender Integration
- von *politischem Spillover* spricht man, wenn mit Schaffung supranationaler Organisationen ein sich selbst verstärkender Prozess des Institution-Buildings in Gang gesetzt wird
- aus Erwägungen glaubhafter Verpflichtungen in den internationalen Beziehungen schaffen die Staaten autonome Akteure, welche die Einhaltung dieser Vereinbarungen überwachen und durchsetzen sollen (Kontrolle durch Technokratie)
⇒ diese Akteure (Kommission) entwickeln eigene Präferenzen und nutzen ihre Möglichkeiten zu autonomer Initiative
- der *Neo-funktionalismus* sagt wenig aus über die basalen Gründe der Variation in den nationalen Wünschen in Bezug auf Integration [Moravcsik 1993, S.477]
- die Europäische Gemeinschaft wird als ein Phänomen *sui generis* betrachtet, was eine theoretische Verallgemeinerung praktisch unmöglich macht
⇒ vergleichbare Fälle sind nicht vorhanden
- die Integration auf europäischer Ebene wird durch den Grad an Politikkoordination ausgedrückt
- Europäische Integration kann breiter definiert und unter vier Kriterien betrachtet werden/
 - i. geographische Reichweite des EU Regelwerks
 - ii. die Spannweite, der Bereiche, in denen Politik koordiniert wird
 - iii. Institutionen der gemeinsamen Entscheidungsfindung; Verwirklichung und Durchsetzung von Entschlüssen
 - iv. Richtung und Ausmaß der nationalstaatlichen Anpassung an die europäischen Entscheidungen (*welche Kosten und Nutzen entstehen den Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der EU-Vorgaben*)
- Moravcsik argumentiert, dass das Verständnis innenpolitischer Prozesse Voraussetzung für die Untersuchung strategischer Interaktion zwischen Staaten ist [Moravcsik 1993, S.481]
- nach einem Modell rationalen Verhalten der Staaten basierend auf innenpolitisch-eingeschränkter Präferenzen, impliziert, dass internationale Konflikte und Zusammenarbeit als Zwei-Stufen – Spiel beschrieben werden können
 - zuerst definieren die Regierungen eine Reihe von Interessen, und verhandeln

- untereinander, um diese Interessen verwirklicht zu sehen
 - die innenpolitische Präferenzbildung identifiziert potentielle Kosten und Nutzen ein Politikkoordination, was von den nationalen Regierung als Nachfrage nach Integration
 - wahrgenommen wird
 - der Prozess der zwischenstaatlichen strategischen Interaktion bestimmt die möglichen politischen Reaktionen des Systems der Europäischen Gemeinschaft auf Druck seitens der nationalen Regierungen
- Funktionalisten streichen die Vorzüge einer supranationalen, technokratischen Bürokratie heraus
 - ⇒ Bürokratie aus Experten ist entscheidend gewesen für das Vorantreiben der europäischen Integration
 - ⇒ zentralisierte technische Expertise war Voraussetzung für die Steuerung moderner ökonomischer und politischer Systeme [Franchino 2007, S.11]

Realismus – Neo-Realismus

- aus Sicht des Neo-Realismus haben kleine Staaten gar keine andere Wahl, als zu versuchen über internationale Institutionen größere Nachbarstaaten durch internationale Regeln zu binden und somit deren Übergewicht auszugleichen [Pollack 2001, S.224]
- **Moravcsics** *liberaler Intergouvernementalismus* beschreibt ein zwei-stufiges sequentielles Modell von Präferenzbildung und internationalen Verhandlungen
 - I. im ersten Schritt aggregieren die Staats- und Regierungschefs die Präferenzen ihrer nationalen Wählerschaften, sowie ihre eigenen persönlichen Interessen und artikulieren daraus nationale Präferenzen hinsichtlich europäischer Integration
 - II. in einem zweiten Schritt bringen die politischen Führer diese Präferenzen nach Brüssel zum Verhandlungstisch, wo Übereinkünfte die jeweiligen relativen Kräfteverhältnisse widerspiegeln – supranationale Akteure wie die europäische Kommission haben keinen oder wenig kausalen Einfluss

Supranationalismus

■

liberaler Intergouvernementalismus

- Moravcsiks *liberaler Intergouvernementalismus* unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten vom *Neo-Realismus*:
 1. es wird angenommen, dass die Präferenzen auf innerstaatlicher Ebene generiert werden und sich nicht aus sicherheitspolitischen Überlegungen im internationalen System ableiten
 2. die Verhandlungsstärke wird nicht durch materielle militärische Kapazitäten bestimmt, sondern durch die relative Intensität der Präferenzen der Staaten
[Moravcsik ?????]
- Moravcsik glaubt, dass bedeutende intergouvernementale Verhandlungsergebnisse nicht von "supranationalen Entrepreneuren" getrieben werden, oder Konsequenz von Spillover-Effekten vorhergehender Integrationsschritte bzw. von transnationalen Interessengruppen (Unternehmen) forciert sind, sondern resultieren aus einer allmählichen Konvergenz der Integrationspräferenzen der mächtigsten Mitgliedsländer der Europäischen Union [Pollack 2001, S.226]
 - ⇒ die entstehenden Institutionen dienen den Mitgliedsstaaten mit Informationen und reduzieren Transaktionskosten
 - ⇒ jedoch führt dies nicht dazu, dass Loyalitäten und Kompetenzen auf die supranationale Ebene verlagert werden
- Moravcsik argumentiert, dass die nationalen Regierungen durch die europäische Integration sogar gestärkt werden gegenüber ihren eigenen Wählerschaften, da diese von den internationalen Verhandlungen ausgeschlossen sind [Pollack 2001, S.226]
- Moravcsiks Ansatz setzt sich aus drei Komponenten zusammen:
 - a. liberale Theorie der nationalen Präferenzherausbildung
 - b. intergouvernementale Theorie zu internationalen Verhandlungen
 - c. institutionalistische Theorie zur Wahl der Form der Institution, welche die Bedeutung glaubwürdiger Verpflichtungen herausstreicht
- der Hauptunterschied zwischen dem *liberalen Intergouvernementalismus* und *institutionalistischen Rational-Choice Ansätzen* ist der empirische Fokus [Pollack 2001, S.233]
 - Moravcsik legt das Augenmerk auf die Wahl institutioneller Design bei intergouvernementalen Konferenzen
 - Institutionalistinnen konzentrieren sich eher auf die täglichen Funktionsweisen der Institutionen
- **nationale Präferenzen** werde durch mikroökonomische Interessen bedingt, welche von geo-politischen und ideologischen Beweggründen ersetzt werden, wenn diese mikroökonomischen Interessen diffus, schwach oder unpräzise sind
[Moravcsik 1995, S.612]
- **zwischenstaatliche Verhandlungen** geben die Alternativen wieder, zu unilateralen und kooperativen Übereinkommen, welche "Issue Linkage" und Drohung mit Ausschluss oder Austritt beinhalten können [Moravcsik 1995, S.612]

- besonders sichtbar in der Europäischen Union sind die Verhandlungsergebnisse, durch die Haltung der sich am meisten sträubenden Regierung eingeschränkt, auch wenn diese nicht zwangsweise, deren Position widerspiegeln
- für Moravcsik spielen supranationale Akteure nur eine Randrolle und haben nur dann Einfluss auf das Geschehen, wenn sie auf mächtige Verbündete auf innerstaatlicher Ebene zählen können [*Moravcsik 1995, S.612*]
- zu **Delegation von Kompetenzen** und **Poolen von Souveränität** kommt es in der Regel dann, wenn Regierungen unter ungewissen Umständen glaubhafte Verpflichtungen eingehen "wollen" / "suchen", insbesondere bei Kompromissen und Verknüpfungen auf Politikfeldern, in den Nichtbefolgung von Verpflichtungen attraktiv ist
- Moravcsik argumentiert, dass supranationale Ansätze implizit die Annahme treffen, dass die Europäische Kommission ein effektiver Agenda-Setter ist, weil sie "privilegierte" oder "alleiniger" Anbieter von informationelle öffentlichen Gütern ist [*Moravcsik 1995, S.615*]
- zudem müsse die Kommission über erheblichen Ermessensspielraum verfügen, um diese Agenda-Setting – Rolle ausüben zu können, was eine imperfekte Principal-Agent – Situation darstellt
 - ➡ diese Raisonement basiert auf funktionalistischen Ansätzen
 - ⇒ in der Literatur werden die technokratischen Kompetenzen der Kommission allerdings als nicht sehr hoch eingestuft [*Literaturverweis!!!*]
- nur weil das Ergebnis eines Gesetzgebungsverfahrens weitgehend der Position der Kommission entspricht, heisst dies noch lange nicht, dass es einen kausalen Zusammenhang gibt, zwischen reeller Macht der Kommission und den jeweiligen Ergebnissen [*Moravcsik 1995, S.616*]
-

❖ *Was ändert sich, wenn wir die Dimensionalität der untersuchten Entscheidungsprozesse erhöhen?*

- Institutionen können als *Governance Strukturen* definiert werden [Shepsle & Bonchek 1997, S.311 zitiert nach Selck 2006]
- die europäischen Institutionen zur Beschlussfassung werden durch folgende Verträge etabliert und definiert: *Vertrag zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft; Vertrag zur Europäischen Union & Vertrag von Nizza*
- Bestimmungen des *Acquis communautaire* sind für die Institutionen weniger relevant [Selck 2006, S.5]
- es ist jedoch unzureichend, sich bei der Untersuchung einzig auf die formellen Vertragsbestimmungen zurückzugreifen
 - die vertraglichen Prozeduren spezifizieren möglicherweise die Funktionsweise des politischen Prozess nicht vollständig
 - die Akteure halten sich nicht zwangsweise an die Regeln
 - nicht immer wird der Geist der Abkommen respektiert, sondern nur der Wortlaut de jure umgesetzt

Bargaining

- das *Exchange-Modell* nimmt an, dass Positionsänderungen der Akteure aus verbindlichen bilateralen Deals zwischen Paaren von Akteuren zu Paaren von Themen resultieren
[Arregui, Stokman & Thomson 2008, S.49]
- dieser Handel bringt für beide Akteure Gewinne, während unbeteiligte Parteien davon profitieren, bzw. Nachteile erleiden können
⇒ positive oder negative Externalitäten
- auch im *Challenge-Modell* rühren Positionsveränderung von bilateralen Übereinkommen her, aber diese sind nicht bindend
⇒ Akteure sind bereit, die Deals zu missachten, wenn ihnen dies opportun erscheint

Negotiations

- bei den europäischen Entscheidungsprozessen kann zwischen drei verschiedenen Levels unterschieden werden, auf denen jeweils andere Governance-Mechanismen zum tragen kommen [Arregui 2004, S.6]
 1. erste Kategorie sind die "*Geschichte-machenden*" – Entscheidungen, welche große Verhandlungen über die Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses beinhaltet – die Entscheidungen werden auf höchsten politischen Ebenen getroffen, dass die Staats- und Regierungschefs (intergovernmentale Entscheidungsprozesse)
 2. die "*Policy-Setting*" – Beschlüsse betreffen die Richtung gemeinsamen Handelns und definieren den Kompetenzraum der Europäischen Union – meistens entstehen die Ergebnisse aus Verhandlungen zwischen den Institutionen der Union
 3. die dritte Kategorie der "*Policy-Shaping*" – Entscheidungen bezieht sich auf die Implementation von Gesetzgebung, welche von den EU-Institutionen ausgehandelt wurde – wo, wann und wie wird die EU in von "*Policy-Setting*" – Beschlüssen vereinbarten Politikfeldern tätig
- der EUGH hat zwar keine formalen Kompetenzen während des Entscheidungsprozesses, aber er entscheidet über die vertragliche Zuordnung des Kommissionsvorschlages [Arregui 2004, S.7]

Annahmen zur Kommission

- je stärker der Konflikt zwischen Rat und Kommission, desto mehr werden die Mitgliedsländer den exekutiven Spielraum der Kommission einschränken [Franchino 2007, S.5]
- komplexe Probleme erfordern technokratische Expertise, die eher in den nationalen Bürokratien als in supranationalen Institutionen vorhanden ist (Gegenargument zur Annahme, dass aus informationellen Gründen, Kompetenzen an den Agenten abgegeben werden)
- Art der Delegierung von Aufgaben und der Umfang des gewährte Handlungsspielraum hängen ab von: *Verfügbarkeit und Merkmale der ausführenden Verwaltung [Kommission und nationale Verwaltungen]; Abstimmungsregeln; Komplexität des Politikfeldes; Konflikt zwischen Kommission und Rat bzw. zwischen Kommission und Europäischem Parlament; Verfügbarkeit von ausserrechtlichen Kontrollmechanismen* [Franchino 2007, S.4]
-

Oversight Procedures

- *ex post* Mechanismen erlauben es den Prinzipalen:
 1. die Handlungen der Agenten zu überwachen, um zu bestimmen, ob Agency Loss vorhanden ist
 2. gemäß den erhaltenen Information die Agenten bei Zuwiderhandlung zu bestrafen [Pollack 2003, S.42]
- die erste Funktionsweise dient der Überwindung der bestehenden Informationsasymmetrie zwischen Prinzipal und Agent zu Gunsten des letzteren
- der zweite Punkt beschreibt die Fähigkeit des Prinzipals, positive oder negative Sanktionen anzuwenden, um so den Agenten für angemessenes Verhalten zu belohnen, bzw. "Shirking" zu bestrafen [Pollack 2003, S.42]
- zwar vermag *Police-Patrol – Oversight* eine relativ große Übereinstimmung zwischen gesetzgeberischen Absichten und Handeln des Agenten sicherstellen, jedoch zieht dies recht hohe Kosten für den Prinzipal nach sich [Pollack 2003, S.42]
- im Falle mehrerer Prinzipale wird aus *Police-Patrol – Oversight* ein öffentliches Gut, das heißt, dass ein einzelner Prinzipal, welcher Ressourcen für die Überwachung des Agenten aufgewendet hat, andere Prinzipale vom Nutzen dieser Kontrollaktivitäten nicht ausschließen kann — in der Folge wird *Police-Patrol – Oversight* nicht ausreichend "angeboten"
- mit einem zweiten Überwachungsmechanismus ist der Prinzipal weitaus weniger in der direkten Kontrolle des Agenten involviert
 1. bei *Fire-Alarm – Oversight* verlassen sich die Prinzipale auf Dritte (Bürger, Unternehmen, organisierte Interessengruppen)
 2. diese Dritten überwachen das Verhalten der Agenten, indem sie "Verstöße" direkt beim Agenten oder dem Prinzipal reklamieren oder aber versuchen über den Rechtsweg, das vermeintliche Fehlverhalten des Agenten zu korrigieren und möglicherweise zu bestrafen.
 - ⇒ der *Fire-Alarm – Oversight* führt in der Regel dazu, dass die Kontrolle zugunsten aktiver und gut organisierte Interessengruppen ausfällt
 - ⇒ für die Prinzipale hat dieser Mechanismus den Vorteil, dass sie einerseits die Kosten der Überwachung externalisieren können und zudem werden Anliegen, die für die Wählerschaft wichtig sind thematisiert
- auch die Ausnahme einer bestimmten Industrie/Wirtschaftszweig vom Anwendungsbereich der Europäischen Kommission kann eine nicht zu vernachlässigende Beschränkung der Vollmachten der Kommission darstellen [Franchino 2007, S.13]

Agency

- Principal-Agent – Modell treffen die Annahme, dass die Präferenzen der Agenten sich unterscheiden von den Präferenzen der Prinzipale und dass diese Agenten, wenn ihnen genug Freiraum gewährt wird, ihren eigenen Präferenzen gemäß handeln werden [Pollack 2003, S.34&35]
- Regulierungsbehörden werden als einheitliche Akteure gesehen und ihnen feste, exogen gegebene Nutzenfunktionen zugesprochen, welche die versuchen zu maximieren innerhalb den Beschränkungen der Prinzipal-Agent – Beziehung [Pollack 2003, S.35]
- für die Europäische Kommission wird angenommen, dass sie wie andere internationale Organisationen auch ein Kompetenzen-Maximierer ist, der sowohl die eigenen Kompetenzen als die der Europäischen Union allgemein zu maximieren versucht [Pollack 2003, S.35]
 - ⇒ in dieser Siche Weise wird das Verhältnis zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten auf eine Issue-Dimension reduziert — Integration: Balance zwischen zentralisierten europäischen Kompetenzen einseits und nationaler Autonomie/Souveränität andererseits
- die Minister im Rat ziehen nationale Umsetzung der Beschlüsse bei großem Handlungsspielraum für die nationalen Bürokratien, einer Beteiligung der Kommission vor [Franchino 2007, S.5]
 - ⇒ Minister haben dadurch Kontrolle über die Umsetzung der europäischen Beschlüsse bzw. Richtlinien und verlassen sich hierbei auf die technokratische Expertise, welche in den nationalen Bürokratien vorhanden ist
 - ⇒ bei starken Konflikten innerhalb des Ministerrates, werden bei den Ministern Bedenken aufkommen, ob die Beschlüsse von den anderen Regierung auch wirklich wie vereinbart ins nationales Recht umgewandelt und angewandt werden
 - ⇒ bei solchen Zweifeln werden diese Minister auf detailliertere Gesetzen, bzw. Richtlinien drängen, den Spielraum der nationalen Bürokratien einschränken und die Kommission mehr involvieren wollen
 - ⇒ bei QMV wird dieses Ergebnis wahrscheinlicher, da die Kommission, welche neue Richtlinien vorschlägt, die Ziele teilt mit dem pivotalen/entscheidenden Akteur im Rat
 - ⇒ bei qualifizierter Mehrheit verstärken sich die Konflikte im Rat, weil größere Divergenzen zwischen den Mitgliedern die Kosten der nationalen gegenüber der gemeinschaftlichen Umsetzung für das entscheidende Ratsmitglied steigern
 - ⇒ bei Konflikten zwischen Rat und der Kommission werden die Mitgliedsstaaten den Ermessensspielraum der Kommission begrenzen wollen
 - ⇒ da es der Kommission an spezifischer Expertise mangelt, werden eher Maßnahmen, die allgemeine und Management-Fähigkeiten verlangen an Brüssel delegiert werden

Europäische Kommission

- die Kommission ist als einheitlicher Akteur zu verstehen — intern müssen alle Kommissare einem Vorschlag zustimmen
- es stellt sich aber die Frage, ob die Kommission wirklich als unitärer Akteur mit klaren, eindimensionalen Präferenzen gesehen werden kann
 - ☞ die Kommission ist in der Tat unterteilt in eine politische Ebene, die Kommissare und ihre Kabinette, sowie eine administrative Ebene, die aus ein ständig-wechselnden Anzagl von Directorats Généraux besteht
- aus empirische Sicht ist es gewiss unbestreitbar, dass die Kommission ein in sich heterogener Akteur ist, dessen Untereinheiten aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Individuen bestehen, mit jeweils eigenen Präferenzen — laut Pollack wird die Arbeit der Kommission daher auch häufig als bürokratische Grabenkämpfe beschrieben [Pollack 2003, S.36](#)
 - ☞ für meine Fragestellung, ist weniger wichtig, ob die Europäische Kommission ein unitärer Akteur mit monolithischen Präferenzen ist, dies ist sie sicher nicht, sondern ob diese Orgnaization gegenüber den Mitgliedsstaaten und anderen externen Akteuren (Drittstaaten, internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen) mit ausreichend Kohärenz agiert, so dass sie zum Zwecke der Untersuchun als unitärer Akteur gelten kann
- *Tsebelis* argumentiert, dass insofern als die Kommission und auch der Europäische Gerichtshof wie auch das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit abstimmen ohne restriktive Änderungsregeln, jeder dieser Agenten vereinfacht dargestellt werden kann durch die Präferenzen des Medianwählers in jeder Organisation

Komitologie

- es muss unterschieden werden zwischen der Umsetzung von europäischen Politiken und ihrem Inhalt
- administrative Angelegenheiten sind in der Regel nicht Gegenstand intergouvernementaler Verhandlungen [Blom-Hansen 2008, S.210]
 - ⇒ die Implikationen verschiedener bürokratischer Systeme sind im Vorfeld schwer abzuschätzen
 - ⇒ laut Blom-Hansen sind bezüglich des administrativen Systems, die Präferenzen nationaler Akteure nicht so stark ausgeprägt

Forschungsprobleme

Gründe für die Delegation von Entscheidungsvollmachten

- die europäischen Gesetzgeber haben zwei Möglichkeiten, die getroffenen Beschlüsse umsetzen zu lassen
 - I. über die Europäische Kommission
 - II. die nationalen Verwaltungen
- der nationale Weg mag den Ministern als attraktiv erscheinen, da sie selbst als Chefs ihres Ministeriums die Umsetzung überwachen und in ihrem Sinne ausführen lassen können [Franchino 2007, S.21]
- zudem verfügen die nationalen Bürokrationen in der Regel über substantielles Fachwissen über die häufig sehr komplexen Themen
- für Moravcsik ist der Wille, die Glaubwürdigkeit eingegangener politischer Verpflichtungen zu erhöhen, die stärkste Triebkraft für die Wahl des institutionellen Arrangements in der Union (Vergemeinschaftung von Souveränität durch QMV und Delegation von Kompetenzen an supranationale Organe)
 - ⇒ Staaten sind nicht in der Lage vollständige Kontrakte zu schreiben und Anreize für Pflichtverletzungen schaffen Probleme der Zeitinkonsistenz (insbesondere gilt dies für Demokratien)
- es besteht jedoch die Gefahr, dass in den Mitgliedsländern jeweils unterschiedliche Implementationen durchgeführt werden
 - ⇒ im Extremfall wird dadurch die gesamte Absicht der EU-Maßnahme konterkariert wird und möglicherweise sogar Verteilungskosten entstehen, wenn die Umsetzung sich allzu sehr voneinander unterscheiden
- zwei Arten von Delegation sind zu beobachten, die sich hinsichtlich der beteiligten Akteure und der angewandten Prozeduren unterscheiden [Franchino 2007, S.13]
 - I. bei der *vertraglichen Delegation* übergeben die Nationalstaaten Kompetenzen an überstaatliche Instanzen ab — auf intergouvernementalen Konferenzen müssen darüber einstimmig Beschlüsse gefasst werden
 - II. eine zweite Form der Delegation ist die *Ausführungsdelegation*, in der die Gesetzgeber der Europäischen Union (Minister im Rat, bzw. Europäisches Parlament) durch Sekundärgesetzgebung der Kommission oder anderen europäischen Behörden Kompetenzen verleihen, welche natürlich auch durch Kontrollen überwacht werden
- die nationale Umsetzung von Beschlüssen ist für die Minister reizvoll, da sie selbst das "Kommando" über die Umsetzung haben und sie können auf diese Weise sicherstellen, dass die Maßnahmen ausgeführt werden wie sie es wünschen [Franchino 2007, S.21]
- da die nunmehr 27 verschiedenen nationalen Bürokrationen unterschiedliche Auffassungen

davon haben können, wie die Richtlinien umgesetzt werden soll, könnte eine nationale Umsetzung zu derartig divergierenden Politiken führen, dass die Idee der Vergemeinschaftung des Politikfeldes in Frage gestellt wird [Franchino 2007, S.21]

- ⇒ Minister, die eine moderate Position einnehmen, werden präzisere Vorgaben zur Umsetzung und Kontrolle durch einen Agenten (die Europäische Kommission) vorziehen, wenn das Risiko einer uneinheitlichen Umsetzung gegeben ist
- ⇒ hingegen ist für Minister mit extremen Positionen breiter Spielraum für nationale Bürokratien bei der Umsetzung günstiger, oder sogar überhaupt keine Beschlussfassung

▲ Hypothese: wenn es zwischen Kommission und Rat starke Differenzen bezüglich eines Themas gibt, so sollte die Übertragung von Kompetenzen an diese Institution unwahrscheinlicher, sowie ihr Handlungsspielraum geringer werden.

- die Kommission wird ihr exklusives Recht, Gesetzgebung zu initiieren, dafür verwenden eigenen Ziele und Präferenzen nachzugehen
- bei dem Abstimmungsmodus der qualifizierten Mehrheit, kann sich die Europäischen Kommission die Unterschiede im Rat zu Nutze machen und "gewinnende" Vorschläge unterbreiten, die mehr Vollmachten an die supranationale Exekutive delegieren, bzw. den Spielraum der nationalen Bürokratien einschränken [Franchino 2007, S.22]
 - ⇒ die ausschlaggebenden (pivotalen) Minister im Rat werden eher moderate Positionen einnehmen und bei Konflikten im Rat haben sie ein Interesse an weniger nationaler administrativen Autonomie bei der Umsetzung, hingegen an mehr Kompetenzverlagerung auf europäische Akteure

Agenda-Setting

- die formale Agenda-Setting – Macht besteht nur dann effektiv, wenn es einfacher ist, einen Vorschlag anzunehmen als ihn zu modifizieren [Blom-Hansen 2008, S.211]
 - ⇒ bei Einstimmigkeit kann die Kommission schwer die Entscheidungsoptionen einschränken

- das System der Komitologie hat sich mit der Zeit entwickeln, heute gibt es an die 300 Komitees
- in der Literatur werden zwei Gründe für die Schaffung von Komitees angeführt:
 - I. Komitee bieten Informationen um die Umsetzung von Richtlinien und Direktiven zu koordinieren, spezifizieren und zu standardisieren
 - die Effektivität einer Maßnahme hängt entscheidend davon ab, ob die Nationalstaaten diese adäquat in nationales Recht umsetzen ohne dabei zu viele Möglichkeiten für Ausflüchte zu geben
 - Komitees sind Fora, die gegenseitiges Vertrauen schaffen und versuchen auf wissenschaftlicher Basis, politischer Unsicherheit zu reduzieren
 - die Europäischen Verträge sind unvollständige Kontrakte ebenso wie die Sekundärgesetzgebung, die nicht bestimmen, wie die Mitglieder unter allen Umständen sich zu verhalten haben
 - ⇒ Komitees versuchen folgende Probleme von Kooperation zu überwinden:
 - a. unvollständige Informationen über Umgehung
 - b. mehrere Gleichgewichte, die nicht im Sinne von Pareto unterschieden werden können
 - ⇒ Komitees verringern die Unsicherheit, indem sie detaillierte Regeln aufstellen, Treuebruch anzeigen und die Wahl eines Gleichgewichtes koordinieren
 - II. Komitees können auch als institutioneller Kompromis verstanden werden zwischen der Notwendigkeit effektiver und schleunig Beschlussfassung in der Gemeinschaft und dem Wunsch der Mitgliedstaaten ihren Einfluss zu wahren [Docksey&Williams 1994, S.121 zitiert nach: Franchino 2000, S.65] ebenso Vos (1997) und Pollack (1997)
 - diese Ansätze legen ihr Augenmerk weniger auf die operationellen Aspekte und beschäftigen sich mit der inter-institutionellen Balance